

# Geteilte Reaktionen

## Bundesweite Kampagne gegen die Budgetierung – Was sagt die KZVB?

Knapp sechs Monate vor Weihnachten bekamen alle bayerischen Vertragszahnärzte ein Paket. Darin enthalten sind die Materialien für die Kampagne „Zähne zeigen“ der Bundes-KZV. Die Reaktionen waren erwartungsgemäß geteilt. Während viele Zahnärzte froh sind, dass sie ihre Patienten über die Auswirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes informieren können, kritisieren andere die Kampagne als „zu lasch“ oder „altbacken“. Auch innerhalb des Vorstandes der KZVB gehen die Meinungen auseinander. Wir fragten Dr. Rüdiger Schott und Dr. Marion Teichmann, wie sie die Motive und die Inhalte finden.

### Dr. Rüdiger Schott

Über wenig lässt sich so vortrefflich streiten wie über Geschmacksfragen. Das gilt auch für die Kampagne „Zähne zeigen“. Natürlich hätte man das Ganze bildlastiger, bunter und peppiger aufziehen können. Doch es geht um ein ernstes Thema, nämlich um die Zukunft der zahnmedizinischen Versorgung. Und das muss man vielleicht anders kommunizieren als ein neues Smartphone. Mir sind bei dieser



Kampagne zwei Dinge besonders wichtig: Die Inhalte und das bundesweit einheitliche Vorgehen. Von Lauterbachs Gesetz sind die Zahnärzte in Mecklenburg-Vorpommern genauso betroffen wie die in Bayern oder Baden-Württemberg. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit einer Stimme sprechen. Es gibt in Deutschland 17 Länder-KZVen und eine Bundes-KZV. Es ist ein Kraftakt, alle für eine konzertherte Aktion zu gewinnen. Die Kampagne kostet einen sechsstelligen Betrag, an dem sich jede KZV beteiligen muss. Wenn sich die KZV Bayerns gegen diese Kampagne ausgesprochen hätte, wären wir auf Bundesebene ziemlich isoliert gewesen. Ich möchte auch nicht, dass in den bayerischen Praxen andere Plakate hängen als im Rest der Republik. Die Geschlossenheit des Berufsstandes hatte für mich Vorrang gegenüber den Geschmacksfragen.

Nun zu den Inhalten: Zweifellos ist die Kampagne recht „PAR-lastig“, aber in diesem Bereich wirkt sich die Budgetierung auch am dramatischsten aus. Wir konnten als KZV Bayerns aber durchsetzen, dass unter dem Motto „Versorgung örtlich betäubt“ auch auf die Bedrohung der flächendeckenden Versorgung und die Gefahr eines Praxissterbens

hingewiesen wird. Das ist in Berlin oder Hamburg sicher weniger ein Thema als in meiner oberfränkischen Heimat. Letztlich entscheidet jeder Zahnarzt selbst, ob und welches Plakat er in seiner Praxis aufhängt. Schließlich sind wir Freiberufler und keine Gewerkschaftsmitglieder, die die Meinung ihrer Führung eins zu eins wiedergeben müssen. Ein ganz wichtiges Element der Kampagne ist die Website [zaehnezeigen.info](http://zaehnezeigen.info), die es möglich macht, die politisch Verantwortlichen direkt zu kontaktieren. Auch hier muss man nicht den vorgegebenen Standardtext verwenden. Ich bin mir sicher, dass unsere bayerischen Vertragszahnärzte beim Verfassen eigener Protestmails sehr kreativ sein werden. Schließlich bekommen auch wir in der KZVB gelegentlich den Frust der Zahnärzte in Form von E-Mails oder Anrufen ab. Wir wissen also, wie die Stimmung im Berufsstand ist.

### Dr. Marion Teichmann

Leider muss ich offen sagen, dass mir das Layout der Kampagne nicht gefällt. Bei allem Verständnis für die Ernsthaftigkeit unserer Anliegen: Das hätte man auch schöner machen können. Die beauftragte Agentur mag gute Gründe gehabt haben,

# Versorgung örtlich betäubt.

ZÄHNE ZEIGEN.

KZVB | Ihre Zahnärzterinnen und Zahnärzte in Kooperation mit der KZVB

Zähne zeigen gegen das  
Praxissterben auf dem Land

Zeigen Sie Zähne gegen diese Politik  
und unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme:

[zaehnezeigen.info](http://zaehnezeigen.info)



auf Fotos zu verzichten. Aber das erinnert mich an moderne Architektur, deren Symbolik oft nur Architekten verstehen. Unsere Kampagne richtet sich ja nicht nur an Gesundheitspolitiker, sondern auch an die Patienten, die aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten stammen. Die haben noch nie etwas von einer „Ausgabenobergrenze“ und von der PAR-Richtlinie gehört. Die spüren die Auswirkungen des Lauterbach-Gesetzes erst, wenn die Zahnarztpraxis in ihrem Ort schließt



oder sie lange auf einen Termin warten müssen. Das hätte man viel deutlicher herausarbeiten sollen.

„Begrenzte Mittel = begrenzte Leistungen“ – das wäre eine einfache Botschaft, aber die findet man leider nur im Kleingedruckten. „Diagnose Sparodontose“ – das verstehen vielleicht wir Zahnärzte. Die Mütter der Kinder, die bei mir in Behandlung sind, haut das sicher nicht vom Hocker. Und für die Kolleginnen und Kollegen sind Budgetüberschreitungen im Bereich KCH (im letzten Geschäftsjahr der KZVB 1,7 Milliarden Euro Gesamtausgaben) leider deutlich existenzgefährdender als bei der PAR (im letzten Geschäftsjahr der KZVB 125 Millionen Euro Gesamtausgaben). Ich weiß, dass es leicht ist, Kritik zu üben.

Aber ich glaube, dass in Sachen „Protest gegen Lauterbach“ das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Der Mann ist ja erst eineinhalb Jahre im Amt. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode dürfen wir uns sicher noch auf so manche Überraschung aus dem Bundesgesundheitsministerium gefasst machen. Vielleicht ist es ja auch gar nicht schlecht, wenn wir jetzt mit einer eher sachlichen Kampagne starten, um beim nächsten Spargesetz die Eskalationsspirale weiter drehen zu können. Ich bin als Mitglied des Vorstandes der KZVB und als Landesvorsitzende des Berufsverbandes der Deutschen Kieferorthopäden Bayerns für alle konstruktiven Vorschläge aus dem Berufsstand offen und kann mir als nächsten Schritt auch eine eigene Kampagne mit einer etwas weiß-blauerer Handschrift vorstellen.

## MITMACHEN

„Zähne zeigen“ ist eine Mitmachkampagne. Auf der Website [zaehnezeigen.info](http://zaehnezeigen.info) können Zahnärzte, Praxismitarbeiter und Patienten der Politik ihre Meinung sagen. Aufgelistet sind die Kontaktdaten aller bayerischen Bundestagsabgeordneten. Man kann entweder einen vorgegebenen Text schicken oder seinen Protest gegen die Sparpolitik in eigene Worte fassen.

